

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## WOCHENBERICHT 21/77

Berlin

26. Mai 1977

44. Jahrgang

### Längerfristige Aspekte des Defizits in der gesetzlichen Rentenversicherung

*Das 1976 zutage getretene Defizit in den Haushalten der gesetzlichen Rentenversicherungen (GRV) war nicht allein eine Folge des Konjunkturrückschlages oder der Vergünstigungen im Leistungsrecht durch das Rentenreformgesetz aus dem Jahr 1972. Vielmehr lassen sich einige wichtige Ursachen der jetzigen ungünstigen Finanzlage bereits an der Entwicklung in der fernerer Vergangenheit erkennen. Diese Ungleichgewichtstendenzen werden fortwirken und die Politiker möglicherweise zu tiefgreifenden Veränderungen im Leistungsrecht veranlassen.*

In den fünfziger Jahren und auch nach der großen Rentenreform von 1957 wiesen die Haushalte der Arbeiterrentenversicherung (ArV) und der Angestelltenversicherung (AnV) insgesamt Einnahmenüberschüsse auf. Bis 1966 stiegen die wichtigsten Positionen auf der Finanzierungs- und auf der Ausgabenseite etwa im Gleichschritt; der Beitragssatz konnte während dieser Zeit mit 14 vH konstant gehalten werden.

#### Entwicklung der Beitragseinnahmen und der Rentenausgaben

Es ist hier nicht erforderlich, auf die unterschiedliche Entwicklung in der ArV einerseits und der AnV andererseits einzugehen. Einige grundlegende Probleme des gesamten Systems lassen sich vielmehr besser erkennen, wenn diese beiden großen Zweige der GRV als Einheit betrachtet werden.

Die Ausgaben des zusammengefaßten Haushalts, die zu neun Zehnteln aus Rentenzahlungen und Beiträgen zur Krankenversicherung der Rentner bestehen, werden zum größten Teil durch die Beitragseinnahmen und die Bundeszuschüsse gedeckt (vgl.

Tabelle 1). Allerdings kam es im Laufe der Zeit zwischen diesen Haupteinnahmequellen zu erheblichen Verschiebungen: Der Anteil der Bundeszuschüsse ging von 24 auf 15 vH zurück, der Anteil der Beiträge stieg von 72 auf 82 vH.

Trotz des hohen Zuwachses der Versicherteneinkommen — die Beitragseinnahmen sind von 1960 bis 1976 auf das Sechsfache gestiegen — hätte es schon in den Jahren 1970 bis 1975 nicht Überschüsse, sondern Defizite in Milliardenhöhe gegeben, wenn nicht:

- der Beitragssatz 1968 von 14 auf 15 vH und dann schrittweise auf 18 vH erhöht worden wäre und
- aufgrund der Öffnung der GRV für Selbständige und Hausfrauen außergewöhnliche Einnahmen erzielt worden wären, denen noch keine entsprechenden Ausgaben gegenüberstehen<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Die in der Tabelle 1 in Klammern gesetzten Beträge geben Näherungswerte für die Entwicklung der Beitragseinnahmen ohne Erhöhung des Beitragssatzes und ohne die aufgrund des Rentenreformgesetzes nachentrichteten Beiträge an.

Tabelle 1

**Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherungen**

Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten zusammen  
in Mrd. DM

	1960	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976 <sup>4)</sup>
<b>Einnahmen</b>														
Beiträge <sup>1)</sup> (Beiträge nypoth. <sup>2)</sup>	13,5	20,1	22,5	24,3	24,7	29,1 (26,7)	34,5 (29,7)	42,4 (34,9)	48,7 (40,1)	55,0 (44,5)	65,1 (49,9)	72,1 (55,2)	77,3 (57,8)	82,7 (62,2)
Zahlungen aus öffentl. Mitteln	4,5	5,7	6,2	6,7	7,0	6,9	7,1	7,3	7,8	9,9	8,5	12,2	13,6	15,1
Vermögenserträge	0,7	1,2	1,3	1,5	1,5	1,4	1,3	1,5	1,7	2,0	2,9	3,1	3,4	2,7
Sonstige	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>18,8</b>	<b>27,2</b>	<b>30,2</b>	<b>32,7</b>	<b>33,5</b>	<b>37,7</b>	<b>43,2</b>	<b>51,4</b>	<b>58,5</b>	<b>67,2</b>	<b>76,9</b>	<b>87,8</b>	<b>94,7</b>	<b>100,9</b>
<b>Ausgaben</b>														
Renten <sup>3)</sup>	14,3	20,1	22,6	25,3	28,5	31,6	35,3	38,4	41,5	47,2	55,3	64,3	72,8	83,0
Gesundheits- maßnahmen	0,9	1,3	1,8	1,7	1,8	1,8	2,0	2,1	2,4	2,8	3,3	3,7	4,0	3,9
Beiträge zur Kranken- versicherung der Rentner	1,3	2,0	2,2	2,5	3,2	3,3	3,6	4,7	6,0	8,2	8,3	11,0	12,4	14,7
Sonstige	1,0	1,5	1,7	1,9	2,2	2,5	2,4	2,6	2,7	3,2	3,7	4,4	4,9	5,3
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>17,4</b>	<b>25,0</b>	<b>28,3</b>	<b>31,4</b>	<b>35,7</b>	<b>39,2</b>	<b>43,3</b>	<b>47,7</b>	<b>52,6</b>	<b>61,4</b>	<b>70,6</b>	<b>82,4</b>	<b>94,1</b>	<b>106,9</b>
<b>Einnahmen minus Ausgaben</b>	<b>1,4</b>	<b>2,2</b>	<b>1,9</b>	<b>1,4</b>	<b>-2,2</b>	<b>-1,5</b>	<b>-0,1</b>	<b>3,7</b>	<b>5,9</b>	<b>5,8</b>	<b>6,3</b>	<b>5,5</b>	<b>0,6</b>	<b>-6,0</b>

<sup>1)</sup> Einschl. der Beiträge der Rentner zur Krankenversicherung der Rentner in den Jahren 1968 und 1969.-

<sup>2)</sup> Ohne Beiträge aus Nachentrichtungen aufgrund des Rentenreformgesetzes; Beitragseinnahmen bereinigt um die Auswirkungen von Beitragssatzerhöhungen und Umstellungen des Rechnungswesens.-

<sup>3)</sup> Von der Dt. Bundespost ausgezahlt bzw. unmittelbar gezahlte Renten; 1968 und 1969 einschl. der Beiträge der Rentner zur Krankenversicherung der Rentner.-

<sup>4)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Differenzen in den Summen durch Rundungen.

Quellen: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1976; Verband deutscher Rentenversicherungsträger (vorläufige Ergebnisse 1976); eigene Berechnungen.

Die Bedingungen für das Gleichgewicht zwischen dem Wachstum von Beitragseinnahmen und Rentenausgaben lassen sich – etwas vereinfacht – wie folgt veranschaulichen:

$$\text{Beitragseinnahmen} = \text{Beitragssatz} \times \text{durchschnittliches Versicherungseinkommen} \times \text{Zahl der aktiven Versicherten}$$

$$\text{Rentenausgaben} = \text{durchschnittliche Rentenhöhe} \times \text{Zahl der Rentenfälle.}$$

Es ist leicht einsehbar, daß von den beiden hier betrachteten wichtigsten Einnahmen- und Ausgabengrößen der GRV dann keine Ungleichgewichtstendenzen ausgelöst werden, wenn längerfristig einerseits die Durchschnittsrenten im Gleichschritt mit dem Einkommen je Beitragspflichtigen<sup>2</sup> steigen und andererseits das Verhältnis von Rentenfällen zur Zahl der aktiven Versicherten etwa gleichbleibt.

Die Relation von Durchschnittsrenten und Durchschnittseinkommen der Versicherten wird in erster Linie durch die jährlichen Lohnsteigerungen und Rentenanpassungen bestimmt. Über kürzere Zeiträume hinweg ergaben sich zwischen beiden Zuwachsraten starke Abweichungen, weil die Rentenerhöhungen an die allgemeine Bemessungsgrundlage gebunden sind und damit verzögert der Lohnent-

<sup>2</sup> Genau genommen müßte es heißen: dem Einkommen, das der Beitragsbemessung zugrunde liegt. Da die Beitragsbemessungsgrenze vom Durchschnittseinkommen abhängt und der Anteil der freiwillig geleisteten Beiträge an den gesamten Beitragseinnahmen so gering ist, daß Schwankungen in der Entwicklung wenig ins Gewicht fallen, reicht es im hier behandelten Zusammenhang aus, das Einkommen der Pflichtversicherten zu betrachten.

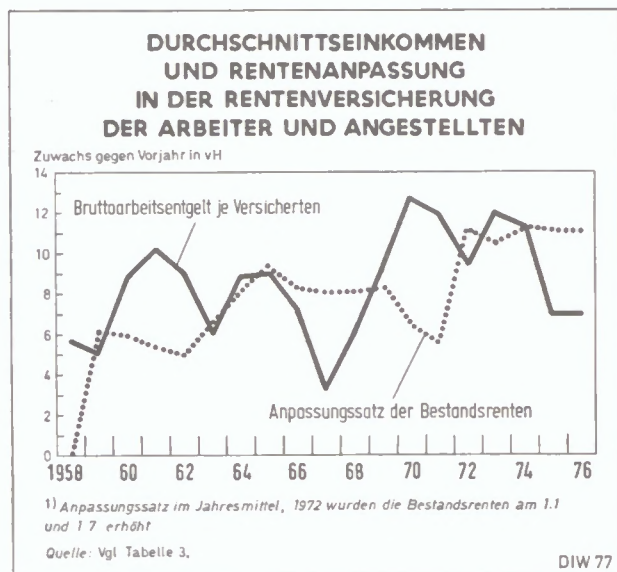


Tabelle 2

**Durchschnittliche Rentenhöhe und anrechnungsfähige Versicherungszeiten**  
Rentenzugang 1975

	Monatliche Beträge in DM	Anrechnungsfähige Versicherungsjahre		
		insgesamt	dar. beitragslose Zeiten Jahre	vH
Rentenversicherung der Arbeiter				
Altersruhegeld				
Männer	832,40	38,9	7,6	19,5
Frauen	305,90	25,3	2,1	8,3
Witwenrenten	436,70	34,4	7,9	23,0
Rentenversicherung der Angestellten				
Altersruhegeld				
Männer	1 099,20	38,7	6,9	17,8
Frauen	529,10	28,6	2,2	7,7
Witwenrenten	602,00	34,6	7,5	21,7

Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. Der Rentenzugang und der Rentenwegfall in der Rentenversicherung der Arbeiter und in der Rentenversicherung der Angestellten im Jahre 1975.

wicklung folgen<sup>3</sup> (vgl. Graphik). So wurden im Rezessionsjahr 1967 die Renten noch um 8 vH erhöht, die Einkommen je Versicherten aber stiegen nur um 3,3 vH. Wie 1967 ist auch das Defizit des Jahres 1976 in erheblichem Umfang auf diese antizyklischen Bewegungen zurückzuführen. Entsprechend kam es in anderen Jahren zu Überschüssen; insgesamt haben sich die konjunkturell bedingten Schwankungen weitgehend ausgeglichen.

Längerfristig kann die dynamische Rente für sich genommen nicht als Ursache für die Finanzierungsprobleme der Versicherungsträger angesehen werden. So stimmten auch im Zeitabschnitt der Jahre 1960 bis 1976 Anpassungssatz (je Rente) und Anstieg des Bruttoarbeitsentgelts je Versicherten weitgehend überein (vgl. Tabelle 3)<sup>4</sup>.

Die Rentenausgaben je Rentenfall werden indes nicht allein durch den Anpassungssatz bestimmt: Einerseits wurde 1973 die Rente nach Mindesteinkommen eingeführt, was die Rentenausgaben in diesem Jahr um rund 2 vH erhöht hat, andererseits veränderte sich die Struktur des Rentenbestandes beträchtlich. Ins Gewicht fällt dabei, daß der Anteil der weiblichen Versicherten am Rentnerbestand erheblich gestiegen ist. Deren Bezüge sind sehr viel

niedriger als die an Männer gezahlten Beträge (vgl. Tabelle 2) und senken den Durchschnitt.

Die strukturellen Verschiebungen, die seit der Rentenreform die Ausgaben der GRV beeinflussten, haben tendenziell mindernd auf den Gesamtdurchschnitt der Renten gewirkt und damit im längerfristigen Vergleich den Effekt der gesetzlichen Leistungsverbesserungen etwa kompensiert.

**Ungleichgewicht durch steigenden Rentenbestand**

Die seit langem bestehende Tendenz zu Defiziten in der GRV, der bisher durch mehrmalige Beitragserhöhungen begegnet wurde, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der Rentenbestand im Vergleich zur Zahl der aktiven Versicherten ständig

<sup>3</sup> Die allgemeine Bemessungsgrundlage in einem Jahr t errechnet sich aus dem Bruttoarbeitsentgelt je Versicherten im Mittel der drei Jahre t-4, t-3, t-2.

<sup>4</sup> Der in der Tabelle 3 angegebene Durchschnitt der jährlichen Zuwachsraten der allgemeinen Bemessungsgrundlage in den Jahren 1960 bis 1976 stimmt genau überein mit dem Anpassungssatz der Bestandsrenten (im Jahresmittel) für den entsprechenden Zeitraum, obwohl diese Renten bis 1971 jeweils an die Bemessungsgrundlage des Vorjahres angepaßt wurden und 1972 der Anpassungstermin um ein halbes Jahr vorgezogen wurde.

Tabelle 3

**Zur längerfristigen Entwicklung von Erwerbseinkommen und Renten**  
Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten zusammen

	1960	1975	1976	1975	1976	1975 / 1960	1976 / 1960
	DM/Jahr			Index 1960 = 100		Durchschnitt der jährl. Zuwachsrates in vH	
Rentenausgaben je Rentenfall	1 981	6 674	2) 7 345	337	371	8,4	8,5
Allgemeine Bemessungs- grundlage	5 072	16 520	18 337	326	362	8,2	8,4
Bruttoarbeitsentgelt je Versicherten	6 101	21 808	2) 23 335	357	382	8,9	8,7
Bruttolohn- u.-gehalt- summe je Arbeitnehmer 1)	6 148	22 390	2) 24 037	364	391	9,0	8,9
Nettolohn- u.-gehalt- summe je Arbeitnehmer 1)	5 168	16 193	2) 16 908	313	327	7,9	7,7
1) Ergebnisse der revidierten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.- 2) Vorläufige Ergebnisse Quellen: Rentenausgaben: Vgl. Tabelle 1; Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1977; Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse 1976; eigene Berechnungen.							

zugenommen hat. Schon 1972, d. h. im Jahr vor der Einführung der flexiblen Altersgrenze, war der Bestand der Versicherten- und Hinterbliebenenrenten um fast 60 vH, derjenige der Pflichtversicherten aber nur um 16 vH höher als 1958. Die Belastungsquote ist schnell gestiegen: Auf 100 aktive Versicherte entfielen 1964 noch 38, 1975 aber schon 52 Renten (vgl. Tabelle 4).

Zu einem großen Teil ist diese Entwicklung auf demographische Faktoren zurückzuführen: Die Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und darüber ist erheblich rascher gestiegen als diejenige im erwerbsfähigen Alter. Die Belastungsquote in der GRV hat sich aber auch deshalb so kräftig erhöht, weil der Anteil der Rentner an der älteren Bevölkerung von Jahr zu Jahr zunahm.

Die wichtigsten Gründe hierfür liegen in der zunächst raschen Zunahme der Zahl der Erwerbspersonen in der Nachkriegszeit und in den langfristig wirksamen Veränderungen der Beschäftigtenstruktur. Der Anteil der Zahl der Arbeiter und der Angestellten am Erwerbstätigenbestand und damit der Kreis der Versicherungspflichtigen ist größer geworden. Das mehrmalige Heraufsetzen der Versicherungspflichtgrenze und schließlich deren Aufhebung wirkten in die gleiche Richtung. Unter der weiblichen Bevölkerung wächst der Anteil der Personen mit Ansprüchen gegen die GRV besonders rasch. Zu der Änderung des Erwerbsverhaltens von Frauen treten die Auswirkungen einer in dieser Beziehung wichtigen rechtlichen Änderung: Seit 1968 besteht

für weibliche Versicherte nicht mehr wie früher die Möglichkeit, daß anlässlich einer Heirat alle bis zu diesem Zeitpunkt an die GRV entrichteten Arbeitnehmerbeiträge zurückgezahlt werden. Zusammen mit der zu beobachtenden Verlängerung der Erwerbsphase im Leben verheirateter Frauen erklärt das, warum immer mehr weibliche Versicherte die Voraussetzungen für eine eigenständige Rente in der GRV erfüllen.

Die langfristig wirksame Tendenz zur Steigerung der Belastungsquote in der GRV war außerdem durch die Verlängerung der durchschnittlichen Laufzeit der Renten bedingt. Dies hängt zum Teil mit der veränderten Struktur des Rentenbestandes zusammen: Die Lebenserwartung der Frauen ist deutlich höher als die der Männer, und die Laufzeit der Rente beginnt früher. Aber auch die Einführung der flexiblen Altersgrenze hat die Dauer des Rentenbezugs bei männlichen Versicherten zunehmen lassen.

Außer dem Anstieg der Belastungsquote, der längerfristig den Gleichschritt von Rentenausgaben und Beitragseinnahmen stört, gibt es weitere Ursachen für das Defizit in der GRV. Die Beiträge der GRV zur Krankenversicherung der Rentner sind von 1960 bis 1976 auf das Elfache und damit weit überdurchschnittlich zu den Gesamtausgaben gestiegen<sup>5</sup>. Außerdem nimmt die Relation des Bundeszu-

<sup>5</sup> Vgl. Gesundheitspolitik in der Krise. Zur Kostenentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung. Bearb.: Peter Rosenberg. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 13/1976.

Tabelle 4

**Kennziffern zur Rentenlast**  
Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten zusammen

Jahr <sup>1)</sup>	Beitragszahlende <sup>2)</sup> Versicherte		Renten an Versi- cherte u. Witwen <sup>3)</sup>		Rentenfälle je 100 Beitragszahler		Wohnbevölkerung im Alter von ... Jahren			Anteil der Renten an Versi- cherte im Alter von ... Jahren an der männl. bzw. weibl. Wohnbev. im Alter von ... bis ... Jahren			
	insgesamt	dar. freiw. versichert	insgesamt	dar. an Witwen	Veränd. geg. Vorjahr	20 - un- ter 60	60 und darüber	je 100 Per- sonen im Alter von 20 - u. 60	60 - unter 65 Jahren		65 und darüber Jahren		
									Männer	Frauen	Männer	Frauen	
in 1 000			in vH			in 1 000			in vH				
	1	2	3	4	5 (3:1)	6	7	8	9 (8:7)	10	11	12	13
1964	19 283	1 009	7 354	2 746	38,1	.	31 227	10 299	33,0	19,0	20,7	69,3	36,0
1965	19 483	1 014	7 568	2 807	38,8	1,8	31 201	10 593	34,0	19,8	22,1	68,6	36,0
1966	19 446	933	7 800	2 871	40,1	3,4	31 044	10 855	35,0	19,7	21,9	69,4	37,3
1967	18 942	892	8 079	2 939	42,7	6,5	30 680	11 092	36,2	20,2	22,1	70,8	38,8
1968	19 006	765	8 355	3 003	44,0	3,0	30 448	11 315	37,2	21,0	22,3	72,3	40,0
1969	19 287	711	8 612	3 061	44,7	1,6	30 598	11 522	37,7	21,9	22,5	73,5	41,4
1970	19 870	656	8 880	3 125	44,7	0	30 919	11 678	37,8	22,5	23,2	74,6	43,0
1971	19 928	625	9 138	3 184	45,9	2,7	31 220	11 894	38,1	23,0	24,2	74,9	43,9
1972	20 167	637	9 385	3 232	46,5	1,3	31 396	12 062	38,4	23,7	25,1	75,9	44,6
1973	20 315	619	9 658	3 277	47,5	2,2	31 583	12 231	38,7	23,7	24,8	78,1	46,4
1974	20 457	607	10 019	3 333	49,0	3,2	31 654	12 366	39,1	25,3	25,1	81,0	48,8
1975	19 967	781	10 415	3 406	52,2	6,5	31 623	12 401	39,2	.	.	.	.
1976	<sup>4)</sup> 19 830	.	10 786	3 482	54,4	4,2	.	.	.	.	.	.	.

<sup>1)</sup> Versichertenbestand: Erhebungszeitpunkt des jeweiligen Mikrozensus; Renten- und Bevölkerungsbestand: Jahresdurchschnitt.-  
<sup>2)</sup> Pflichtversicherte am Stichtag des Mikrozensus und freiwillig Versicherte.-  
<sup>3)</sup> Von der Dt. Bundespost ausgezahlte Renten.-  
<sup>4)</sup> Geschätzt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1.3, Bevölkerung nach Alter und Familienstand, 1975. - Ministerium für Arbeit und Sozialordnung: Arbeits- und Sozialstatistik; Die Rentenbestände in den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik Deutschland, Rentenanpassungsberichte; eigene Berechnungen.

schusses zu den gesamten Ausgaben der GRV ständig ab. Da dieser Zuschuß zwar an den Anstieg der Bemessungsgrundlage gekoppelt ist, nicht aber mit der Zahl der Rentner erhöht wird, müßte ein ständig steigender Anteil der Gesamtausgaben durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeckt werden.

**Konsequenzen für eine Änderung des  
Leistungsrechts?**

Der Anteil der Rentenfälle an der Bevölkerung wird vermutlich aus folgenden Gründen auf längere Sicht zunehmen:

- Der Kreis der Personen mit Ansprüchen gegen die GRV wird innerhalb der einzelnen Altersjahrgänge noch steigen. Darauf läßt das Erwerbsverhalten der Frauen und die Öffnung der GRV für Selbständige schließen.
- Das Gewicht der Renten mit überdurchschnittlich langer Laufzeit wird sich erhöhen.

Mit einer entsprechenden Zunahme des Anteils der beitragszahlenden Bevölkerung ist dagegen nicht zu rechnen. Deshalb wird künftig die Bela-

stungsquote in der GRV trotz des günstigeren Altersaufbaus vermutlich nicht kleiner werden.

Diese Perspektiven machen verständlich, daß die verantwortlichen Instanzen nach weiteren Möglichkeiten zur Eindämmung des Defizits suchen. Längerfristig werden Beitragserhöhungen unumgänglich sein. Wenn - außer der bisher beabsichtigten Zurückverlegung des Rentenanpassungstermins - auch Änderungen des Leistungsrechts in Frage kommen sollten, scheint es an erster Stelle notwendig zu sein, exakte Vorstellungen über die verteilungspolitischen Ziele einer umfassenden Reform zu entwickeln. Ein Ansatzpunkt für eine Reform ist das Problem des Mehrfachbezugs von Sozialleistungen. Dabei sollte man sich allerdings nicht auf die GRV beschränken, sondern zumindest auch die Versorgungsregelungen der Beamten und der Angestellten im öffentlichen Dienst einbeziehen. Sozialpolitisch ist es sinnvoller, Privilegien einzelner Gruppen abzubauen und dadurch den Anstieg der Ausgaben zu bremsen, als etwa durch gleichmäßige Kürzungen der Anpassungssätze aller Renten Einsparungen herbeizuführen.

Es ist in diesem Zusammenhang - auch im Hin-

blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Neuregelung der Hinterbliebenenrenten bis zum Jahre 1984 – hervorzuheben, daß der Anteil der Fälle, bei denen zwei oder mehr Renten auf eine Person entfallen, am Rentenbestand steigt. Daher sollte geprüft werden, ob und inwieweit bei Mehrfachbezug von Renten der GRV oder Zusammenfallen von solchen Renten mit Beamtenpensionen oder ähnlichen Versorgungsansprüchen nicht die doppelte Anrechnung beitragsloser Zeiten eingeschränkt werden kann.

Der Anteil der beitragslosen Zeiten an der Zahl der insgesamt anrechnungsfähigen Versicherungsjahre ist durchaus erheblich (vgl. Tabelle 2). Die entsprechenden Relationen sind im Zeitablauf etwa konstant geblieben, obwohl eine wichtige Ursache für frühere Beitragsausfälle, die Kriegseinflüsse, an Gewicht verlieren. Auf der Einnahmenseite der GRV bewirken beitragslose Zeiten, die durch vorzeitige

Erwerbsunfähigkeit, Krankheit, Ausbildungszeiten usw. entstehen, eine Finanzierungslücke. Zwar kann der Bundeszuschuß weder zeitlich noch inhaltlich den heutigen Rentenzahlungen exakt zugeordnet werden, er hilft aber immerhin in wesentlichem Umfang, die Risiken der Versichertengemeinschaft mit abzudecken; die Relation des Bundeszuschusses zu den gesamten Rentenausgaben betrug 1975 fast 18 vH.

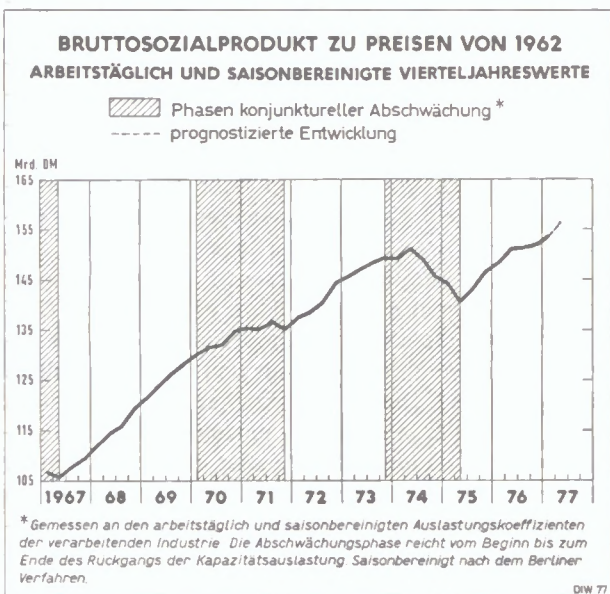
Eine Kürzung solcher Renten, die mit anderen, aus öffentlichen Mitteln subventionierten Versorgungsansprüchen zusammenfallen, sollte freilich nicht unabhängig von der Summe aller Rentenbezüge einer Person vorgenommen werden. Vermutlich könnten aber die Haushalte der Rentenversicherungsträger auch dann entlastet werden, wenn unzumutbare Verschlechterungen bei Beziehern kleiner Renten – z. B. in der Arbeiterrentenversicherung – vermieden werden.

## Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland hält an

### Ergebnisse der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das erste Quartal 1977

Das Statistische Bundesamt hat Anfang Mai die ersten Ergebnisse der seit langem angekündigten Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ab 1960 veröffentlicht<sup>1</sup>. Eine Anpassung der Viertel-

jahresrechnung des DIW an diese neuen Daten war bis zum jetzigen Zeitpunkt – dem üblichen Termin für die Veröffentlichung des Berichts über das erste Quartal – selbstverständlich nicht möglich. Daher legt das DIW im folgenden die Ergebnisse für das erste Quartal 1977 nach dem alten Stand der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes<sup>2</sup> vor.



Die Berechnungen für das erste Vierteljahr wurden dennoch außerordentlich erschwert. Die Umstellung der monatlichen Industrieberichterstattung auf das Konzept „Produzierendes Gewerbe“ zum 1. 1. 1977 führte dazu, daß für den größten Wirtschaftsbereich (mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts) zum Teil noch gar keine Angaben vorliegen (Beschäftigte, Arbeitsstunden, Umsätze). Die neue Reihe des Index der Nettoproduktion für die ersten drei Monate dieses Jahres wird nur als „vorläufiges“ Ergebnis ausgewiesen, so daß größere nachträgliche Korrekturen nicht ausgeschlossen sind.

\* \* \*

<sup>1</sup> Vgl. Wirtschaft und Statistik. Heft 4/1977, S. 215 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Wirtschaft und Statistik. Heft 2/1977, S. 69 ff.

Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1975	1976	1974		1975				1976				1977
			IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV		
<b>A. Entstehung des Bruttosozialprodukts</b>													
Zu Preisen von 1962													
Arbeitsvolumen (1962 = 100) . . . . .	83,5	83,1	87,4	82,5	84,2	81,8	85,5	82,5	84,0	81,0	84,9	82,4	
Besch. Arbeitnehmer (1000 Pers.) . .	21 373	21 220	21 854	21 444	21 364	21 380	21 304	21 112	21 156	21 293	21 321	21 219	
Produktivität (je Erwerbstätigenstunde) (1962 = 100) . . . . .	191,7	203,0	194,6	184,0	188,9	192,5	201,2	196,6	200,9	205,8	212,5	203,5	
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM) . . . . .	577,8	609,7	153,5	136,9	143,6	142,1	155,2	144,2	152,3	150,4	162,8	149,1	
<b>B. Verteilung des Bruttosozialprodukts</b>													
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)													
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit . . . . .	569,3	611,0	148,0	131,8	141,7	141,6	154,2	139,3	151,7	152,5	167,5	151,3	
Bruttolohn- und -gehaltsumme . . . .	479,6	511,2	125,2	111,0	119,6	119,4	129,6	116,6	127,3	127,6	139,7	126,6	
Nettolohn- und -gehaltsumme . . . . .	348,0	360,8	87,2	84,2	87,8	86,2	89,8	85,8	91,1	89,9	94,0	92,1	
Bruttoeinkommen aus Unternehmer- tätigkeit und Vermögen . . . . .	227,6	259,2	63,0	49,8	54,6	54,2	69,0	60,2	63,7	60,6	74,7	62,9	
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	119,9	130,6	30,7	27,7	29,7	29,0	33,5	30,3	32,5	32,3	35,5	32,8	
Abschreibungen . . . . .	126,2	134,3	30,4	30,4	31,6	31,5	32,7	32,3	33,5	33,5	35,0	34,6	
Bruttosozialprodukt . . . . .	1043,0	1135,1	272,1	239,7	257,6	256,3	289,4	262,1	281,4	278,9	312,7	281,6	
<b>C. Verwendung des Bruttosozialprodukts</b>													
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)													
Privater Verbrauch . . . . .	580,2	627,0	150,2	131,5	142,5	141,6	164,6	144,1	154,8	151,1	177,0	154,6	
Öffentlicher Verbrauch . . . . .	220,1	235,0	61,0	47,6	53,6	52,1	66,8	52,7	56,2	55,6	70,5	56,3	
Bauten . . . . .	120,4	127,3	33,6	24,7	30,9	31,4	33,4	24,8	33,2	33,5	35,8	26,9	
Ausrüstungen . . . . .	100,7	109,7	26,3	22,6	24,5	24,6	29,0	25,4	27,2	25,6	31,5	27,1	
Lagerveränderung . . . . .	- 3,6	+13,2	-12,6	+ 4,3	+ 0,8	+ 3,6	-12,3	+ 8,7	+ 4,5	+ 9,9	- 9,9	+10,2	
Ausfuhr . . . . .	293,9	334,5	79,5	70,2	73,0	71,9	78,8	78,1	81,9	84,3	90,2	87,5	
abzügl. Einfuhr . . . . .	268,7	311,6	65,8	61,2	67,7	68,9	70,9	71,7	76,4	81,1	82,4	81,0	
Bruttosozialprodukt . . . . .	1043,0	1135,1	272,1	239,7	257,6	256,3	289,4	262,1	281,4	278,9	312,7	281,6	
Zu Preisen von 1962 (Mrd. DM)													
Privater Verbrauch . . . . .	346,5	358,2	93,6	80,2	85,3	83,9	97,1	83,3	88,4	85,9	100,6	85,9	
Öffentlicher Verbrauch . . . . .	86,8	89,3	23,4	20,0	21,4	21,3	24,1	21,1	22,1	21,8	24,3	21,6	
Bauten . . . . .	63,7	65,3	18,1	13,2	16,2	16,6	17,7	13,0	16,9	17,1	18,3	13,5	
Ausrüstungen . . . . .	69,6	74,3	18,6	16,0	17,0	16,9	19,7	17,6	18,5	17,3	20,9	18,2	
Lagerveränderung . . . . .	- 2,5	+ 8,7	- 8,9	+ 2,9	+ 0,5	+ 2,5	- 8,4	+ 5,7	+ 3,0	+ 6,4	- 6,4	+ 6,7	
Ausfuhr . . . . .	204,9	227,3	56,3	49,1	51,1	49,6	55,1	53,6	55,9	56,4	61,4	58,4	
abzügl. Einfuhr . . . . .	192,4	214,3	47,8	44,5	48,8	48,9	50,2	50,2	52,7	54,5	56,9	55,1	
Bruttosozialprodukt . . . . .	576,6	608,8	153,3	136,9	142,7	141,9	155,1	144,1	152,1	150,4	162,2	149,2	
Preisentwicklung (1962 = 100)													
Privater Verbrauch . . . . .	167,5	175,0	160,5	164,1	166,9	168,7	169,6	173,0	175,1	175,9	176,0	179,9	
Bauten . . . . .	189,2	195,1	185,9	187,3	190,7	189,5	188,8	191,4	196,3	196,3	195,4	199,4	
Ausrüstungen . . . . .	144,6	147,7	141,1	141,0	144,2	145,2	147,1	144,2	147,1	148,5	150,5	148,5	
Bruttosozialprodukt . . . . .	180,9	186,5	177,5	175,0	180,6	180,7	186,5	181,8	185,1	185,5	192,7	188,8	
<b>D. Lohn- und Gehaltsätze und Lohnstückkosten (1962 = 100)</b>													
Lohn- und Gehaltsätze (Stundenbasis)													
effektiv . . . . .	340,3	365,0	337,7	313,1	341,7	348,2	358,1	332,7	361,5	374,9	390,9	362,0	
tariflich <sup>1)</sup> . . . . .	289,4	306,5	272,5	283,6	289,7	291,7	292,4	299,3	306,6	309,5	310,5	320,0	
Lohnstückkosten <sup>2)</sup> . . . . .	200,4	203,7	196,1	195,9	200,7	202,8	202,1	196,6	202,7	206,3	209,3	206,5	

1) Nach Angaben in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank. -- 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962.

**Entwicklung der Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung<sup>1)</sup>**

	1975	1976	1974	1975				1976				1977
			IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
<b>A. Entstehung des Bruttosozialprodukts</b>												
Zu Preisen von 1962												
Arbeitsvolumen . . . . .	- 4,8	- 0,5	- 5,6	- 6,5	- 5,6	- 4,7	- 2,2	0,1	- 0,3	- 1,0	- 0,7	- 0,1
Beschäftigte Arbeitnehmer . . . . .	- 3,3	- 0,7	- 3,0	- 3,5	- 3,6	- 3,5	- 2,5	- 1,5	- 1,0	- 0,4	0,1	0,5
Produktivität (je Erwerbstätigenstunde)	1,6	6,0	3,7	1,3	1,0	0,2	3,4	5,2	6,3	6,9	5,6	3,5
Bruttoinlandsprodukt . . . . .	- 3,3	5,5	- 2,1	- 5,3	- 4,6	- 4,4	1,1	5,3	6,1	5,9	4,9	3,4
<b>B. Verteilung des Bruttosozialprodukts</b>												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit . . . . .	4,1	7,3	8,7	5,7	3,8	3,0	4,2	5,7	7,1	7,7	8,6	8,7
Bruttolohn- und -gehaltsumme . . . . .	3,5	6,6	8,4	5,0	3,1	2,3	3,5	5,0	6,5	6,9	7,8	8,5
Nettolohn- und -gehaltsumme . . . . .	3,6	3,7	6,1	5,7	3,3	2,6	3,1	1,9	3,8	4,2	4,6	7,3
Bruttoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen . . . . .	3,5	13,9	1,8	- 1,4	1,4	3,3	9,5	20,8	16,7	11,8	8,3	4,4
Indirekte Steuern abzgl. Subventionen	4,6	8,9	8,2	0,2	4,0	4,2	9,2	9,8	9,2	11,3	5,7	8,0
Abschreibungen . . . . .	9,0	6,4	12,1	11,8	9,2	7,9	7,4	5,9	6,1	6,5	7,1	7,3
Bruttosozialprodukt . . . . .	4,6	8,8	7,3	4,2	3,9	3,8	6,3	9,3	9,3	8,8	8,1	7,4
<b>C. Verwendung des Bruttosozialprodukts</b>												
Zu jeweiligen Preisen												
Privater Verbrauch . . . . .	8,9	8,1	7,7	8,4	8,5	8,8	9,6	9,6	8,6	6,7	7,5	7,2
Öffentlicher Verbrauch . . . . .	11,0	6,8	19,1	12,8	11,8	10,7	9,5	10,7	4,9	6,7	5,5	7,0
Bauten . . . . .	- 6,8	5,7	- 2,5	- 10,3	- 9,9	- 6,7	- 0,6	0,5	7,2	6,6	7,2	8,4
Ausrüstungen . . . . .	6,2	9,0	- 1,3	2,7	4,7	6,2	10,4	12,4	11,2	4,5	8,4	6,7
Lagerveränderung . . . . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr . . . . .	- 1,6	13,8	27,4	1,1	- 0,9	- 5,6	- 0,9	11,2	12,2	17,2	14,4	12,0
abzgl. Einfuhr . . . . .	3,8	15,9	19,5	4,9	3,9	- 1,2	7,8	17,0	13,0	17,6	16,2	12,9
Bruttosozialprodukt . . . . .	4,6	8,8	7,3	4,2	3,9	3,8	6,3	9,3	9,3	8,8	8,1	7,4
Zu Preisen von 1962												
Privater Verbrauch . . . . .	2,6	3,4	0,7	2,0	2,1	2,4	3,7	4,0	3,6	2,4	3,7	3,1
Öffentlicher Verbrauch . . . . .	3,6	2,9	6,4	3,9	3,9	3,9	2,9	5,0	3,5	2,6	0,7	2,4
Bauten . . . . .	- 8,6	2,5	- 8,2	- 14,1	- 11,3	- 7,8	- 2,2	- 1,6	4,2	2,9	3,6	4,0
Ausrüstungen . . . . .	0,4	6,7	- 7,8	- 4,3	- 1,8	1,1	5,9	9,9	9,1	2,2	6,0	3,6
Lagerveränderung . . . . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr . . . . .	- 8,7	10,9	6,4	- 12,4	- 9,7	- 10,4	- 2,1	9,2	9,3	13,6	11,6	8,8
abzgl. Einfuhr . . . . .	0,8	11,4	2,5	- 2,8	1,6	- 0,8	5,0	12,8	7,9	11,6	13,4	9,8
Bruttosozialprodukt . . . . .	- 3,2	5,6	- 2,2	- 5,2	- 4,9	- 4,1	1,2	5,2	6,6	6,0	4,6	3,5
Preisentwicklung (1962 = 100)												
Privater Verbrauch . . . . .	6,1	4,5	6,9	6,2	6,3	6,3	5,7	5,4	4,9	4,2	3,7	4,0
Bauten . . . . .	2,1	3,1	6,2	4,4	1,5	1,2	1,6	2,2	2,9	3,6	3,5	4,2
Ausrüstungen . . . . .	5,8	2,2	7,1	7,4	6,7	5,1	4,3	2,2	2,0	2,2	2,3	3,0
Bruttosozialprodukt . . . . .	8,1	3,1	9,7	9,9	9,2	8,2	5,1	3,9	2,5	2,7	3,3	3,8
<b>D. Lohn- und Gehaltsätze und Lohnstückkosten (1962 = 100)</b>												
Lohn- und Gehaltsätze (Stundenbasis)												
effektiv . . . . .	8,8	7,3	14,9	10,7	11,4	7,6	6,1	6,3	5,8	7,7	9,1	8,8
tariflich <sup>2)</sup> . . . . .	9,3	5,9	13,9	11,4	9,7	8,7	7,3	5,6	5,9	6,1	6,2	6,9
Lohnstückkosten <sup>3)</sup> . . . . .	7,7	1,7	11,0	11,6	8,8	7,8	3,0	0,3	1,0	1,7	3,6	5,1

<sup>1)</sup> Veränderung in vH gegenüber Vorjahr. — <sup>2)</sup> Nach Angaben in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank. — <sup>3)</sup> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962.

Saisonbereinigte Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung<sup>1)</sup>

	1975	1976	1974	1975				1976				1977
			IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
<b>A. Entstehung des Bruttosozialprodukts</b>												
Zu Preisen von 1962												
Arbeitsvolumen (1962 = 100) <sup>2)</sup> . . . . .	84	83	85	84	83	83	83	84	83	83	83	83
Besch. Arbeitnehmer (1000 Pers.) <sup>3)</sup> . .	21 373	21 220	21 797	21 570	21 402	21 261	21 247	21 242	21 195	21 193	21 260	21 344
Produktivität (Je Erwerbstätigenstunde) <sup>2)</sup> (1962 = 100) . . . . .	192	203	190	188	190	192	197	201	202	205	207	209
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM) <sup>3)</sup> . . . .	578	610	584	572	573	575	591	602	608	609	620	620
<b>B. Verteilung des Bruttosozialprodukts</b>												
Zu jeweiligen Preisen <sup>3)</sup> (Mrd. DM)												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit . . . . .	569	611	559	559	564	570	583	590	604	615	633	638
Bruttolohn- und -gehaltsumme . . . . .	480	511	473	472	476	480	490	495	506	514	528	535
Nettolohn- und -gehaltsumme . . . . .	348	361	342	347	346	347	352	353	359	363	369	378
Bruttoeinkommen aus Unternehmer- tätigkeit und Vermögen . . . . .	228	259	220	214	222	232	244	256	259	257	265	265
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	120	131	116	115	119	120	127	126	129	133	133	135
Abschreibungen . . . . .	126	134	120	123	125	127	129	131	133	135	138	140
Bruttosozialprodukt . . . . .	1 043	1 135	1 015	1 011	1 030	1 048	1 084	1 102	1 125	1 141	1 170	1 179
<b>C. Verwendung des Bruttosozialprodukts</b>												
Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM) <sup>3)</sup>												
Privater Verbrauch . . . . .	580	627	547	557	573	587	605	609	621	627	650	651
Öffentlicher Verbrauch . . . . .	220	235	209	208	219	222	232	229	229	237	242	244
Bauten . . . . .	120	127	126	121	118	119	125	122	127	128	131	131
Ausrüstungen . . . . .	100	108	95	98	97	101	104	106	109	106	112	113
Lagerveränderung . . . . .	- 6	+ 3	- 7	+ 9	-14	- 11	- 14	+ 7	+ 10	+ 7	- 4	+12
Ausfuhr . . . . .	293	330	309	291	288	289	305	313	327	338	340	350
abzügl. Einfuhr . . . . .	268	307	262	261	263	267	281	294	302	312	322	331
Bruttosozialprodukt . . . . .	1 040	1 123	1 015	1 024	1 017	1 041	1 076	1 091	1 121	1 131	1 150	1 169
Zu Preisen von 1962, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM) <sup>3)</sup>												
Privater Verbrauch . . . . .	347	358	339	341	344	348	353	354	356	357	366	366
Öffentlicher Verbrauch . . . . .	87	89	86	85	86	87	88	89	89	90	89	91
Bauten . . . . .	64	65	67	64	63	63	65	63	65	65	66	66
Ausrüstungen . . . . .	69	73	68	69	67	70	71	73	74	72	75	76
Lagerveränderung . . . . .	- 4	+ 4	- 5	+ 4	- 8	- 5	- 6	+ 4	+ 6	+ 7	+ 2	+ 7
Ausfuhr . . . . .	204	224	218	203	201	202	213	215	222	228	230	233
abzügl. Einfuhr . . . . .	192	211	189	188	190	193	197	205	207	213	220	224
Bruttosozialprodukt . . . . .	575	603	583	578	563	573	586	594	605	605	607	614
Preisentwicklung <sup>2)</sup> (1962 = 100)												
Privater Verbrauch . . . . .	167,5	175,0	161,4	163,7	166,3	168,8	170,6	172,6	174,5	175,8	177,1	179,5
Bauten . . . . .	189,2	195,1	188,2	188,4	187,9	188,9	191,1	192,5	193,6	195,9	197,4	200,0
Ausrüstungen . . . . .	144,6	147,7	139,8	142,6	144,3	145,1	145,8	145,7	147,1	148,1	149,3	150,1
Bruttosozialprodukt . . . . .	180,9	186,5	174,1	177,2	180,4	182,3	183,2	183,9	184,8	187,2	189,0	191,0
<b>D. Lohn- und Gehaltsätze und Lohnstückkosten (1962 = 100)</b>												
Lohn- und Gehaltsätze (Stundenbasis)												
effektiv . . . . .	340	365	327	331	341	343	348	350	360	369	379	381
tariflich . . . . .	289	307	277	282	287	292	296	298	304	310	314	319
Lohnstückkosten <sup>4)</sup> . . . . .	200	204	194	199	200	202	200	200	202	205	207	209

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. — 2) Jahresdurchschnitt des Ursprungswertes bzw. saisonbereinigte Vierteljahreswerte. — 3) Vierteljahresdaten auf Jahresbasis hochgerechnet; Jahreswerte sind Ursprungswerte. — 4) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962.

Entwicklung der saisonbereinigten Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung<sup>1)</sup>

	1974			1975				1976				1977
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
<b>A. Entstehung des Bruttosozialprodukts</b>												
Zu Preisen von 1962												
Arbeitsvolumen . . . . .	-1,5	-1,5	-2	-2	-0,5	-0,5	0,5	0,5	-1	-1	0,5	0,5
Beschäftigte Arbeitnehmer . . . . .	-0,5	-1	-1	-1	-1	-0,5	-0	-0	-0	-0	0,5	0,5
Produktivität (je Erwerbstätigenstunde)	1	1,5	-1	-1	1	0,5	2,5	2,5	0,5	1,5	1	1
Bruttoinlandsprodukt . . . . .	0	0	-3	-2	0	0,5	2,5	2	1	0	2	0
<b>B. Verteilung des Bruttosozialprodukts</b>												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit . . . . .	4	1,5	1	0	1	1	2,5	1	2,5	2	3	1
Bruttolohn- und -gehaltsumme . . . . .	3,5	1,5	1	-0	0,5	1	2	1	2,5	1,5	2,5	1,5
Nettolohn- und -gehaltsumme . . . . .	3,5	0,5	1	1,5	-0,5	0,5	1,5	0,5	1,5	1	1,5	2,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen . . . . .	-2	5	-2,5	-3	4	4	5,5	5	1	-0,5	3	0
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	3	-0	1	-1	3,5	1	6,5	-1,5	3	3	-0	1,5
Abschreibungen . . . . .	3,5	3	2,5	2,5	1,5	1,5	2	1	1,5	2	2	1
Bruttosozialprodukt . . . . .	2,5	2	0,5	-0,5	2	2	3,5	1,5	2	1,5	2,5	1
<b>C. Verwendung des Bruttosozialprodukts</b>												
Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch . . . . .	2,5	3	1	2	2,5	2,5	3	0,5	2	1	3,5	0,5
Öffentlicher Verbrauch . . . . .	7,5	3	3	-0	5	1,5	4,5	-1,5	0	3,5	2	0,5
Bauten . . . . .	-1,5	-2	-2	-4	-2,5	0,5	5	-2,5	4,5	1	2,5	0
Ausrüstungen . . . . .	3	0,5	-1	3,5	-1	4,5	3	2	2,5	-2,5	5,5	1
Lagerveränderung . . . . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr . . . . .	6,5	2,5	1,5	-6	-1	0,5	5,5	3	4,5	3	1	3
abzügl. Einfuhr . . . . .	8,5	3,5	-3	-1	1	1	5,5	4,5	2,5	3,5	3	3
Bruttosozialprodukt . . . . .	3,5	1	1	1	-0,5	2,5	3,5	1,5	2,5	1	1,5	1,5
Zu Preisen von 1962, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch . . . . .	0,5	1,5	-0,5	0,5	1	1	1	0,5	0,5	0	2,5	0
Öffentlicher Verbrauch . . . . .	2,5	0,5	2	-0,5	1	1	1,5	1	0	0	-0,5	2
Bauten . . . . .	-4	-3	-2,5	-4	-2,5	0	4	-2,5	3	-0	2	0
Ausrüstungen . . . . .	1	-1,5	-2,5	1,5	-2,5	4	2	2,5	1	-3	4,5	1
Lagerveränderung . . . . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr . . . . .	1,5	-2	-2,5	-7	-1	0,5	5	1	3,5	3	1	1,5
abzügl. Einfuhr . . . . .	2,5	1,5	-2,5	-1	1,5	1	2,5	3,5	1,5	3	3,5	2
Bruttosozialprodukt . . . . .	1,5	-1,5	-2	-1	-2,5	1,5	2,5	1,5	2	0	0,5	1
Preisentwicklung (1962 = 100)												
Privater Verbrauch . . . . .	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1	1	1	1	0,5	1,5
Bauten . . . . .	2	1	1	0	-0,5	0,5	1	0,5	0,5	1	0,5	1
Ausrüstungen . . . . .	1,5	2	1,5	2	1	0,5	0,5	-0	1	0,5	1	0,5
Bruttosozialprodukt . . . . .	2	2,5	3	2	2	1	0,5	0,5	0,5	1,5	1	1
<b>D. Lohn- und Gehaltsätze und Lohnstückkosten (1962 = 100)</b>												
Lohn- und Gehaltsätze (Stundenbasis)												
effektiv . . . . .	3,5	3,5	3	1	3	0,5	1,5	0,5	3	2,5	2,5	1
tariflich . . . . .	3,5	2,5	3	2	1,5	1,5	1,5	0,5	2	2	1,5	1,5
Lohnstückkosten <sup>2)</sup> . . . . .	3,5	1,5	4	2,5	0,5	1	-0,5	-0,5	1	1,5	1	1

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren, Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal. Die Veränderungsdaten wurden gerundet. —  
 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962.

Der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland setzte sich in I/77 fort: Saison- und arbeitstäglich bereinigt nahm das reale Brutto-sozialprodukt mit 1 vH gegenüber dem Vorquartal schneller zu als in IV/76 (+ 0,5 vH); das entsprechende Vorjahrsniveau wurde um 3,5 vH übertroffen. In kalendermonatlicher Berechnung ergibt sich saisonbereinigt für das Produkt kein Anstieg, weil die Leistung im Jahresendquartal 1976 wegen der größeren Anzahl von Arbeitstagen überhöht war.

Getragen wurde der Anstieg des Sozialprodukts auch im Berichtsquartal von der Produktion im produzierenden Gewerbe. Sie übertraf das Niveau vom vierten Vierteljahr 1976 arbeitstäglich und saisonbereinigt um 1,5 vH. Dabei wurden vor allem vermehrt Investitionsgüter (3,5 vH) produziert. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe waren dagegen Produktionsrückgänge zu verzeichnen, Folge der in IV/76 forcierten Mehrproduktion in Erwartung einer größeren vorgezogenen Nachfrage wegen der Branntwein- und Tabaksteuererhöhung zum 1. 1. 1977. Die Bautätigkeit konnte auf dem im Vorquartal erreichten Niveau gehalten werden. Während im Einzelhandel die Leistungen – gemessen an den realen Umsätzen – ebenfalls um 1,5 vH expandierten, gingen sie im Großhandel zurück.

Der gesamtwirtschaftliche Preisauftrieb blieb unverändert mäßig. Der verstärkte Anstieg der Verbraucherpreise um 1,5 vH war vor allem Folge der Steuererhöhungen zum 1. 1. 1977; ohne diesen Effekt hätte die saisonbereinigte Erhöhung des Index nur wenig mehr als 1 vH betragen. Daneben spielten stärkere Verteuerungen von Dienstleistungen eine Rolle. Die Preise im Außenhandel erhöhten sich ebenfalls nur relativ leicht; dabei ergab sich keine spürbare Veränderung der Terms of Trade. Der Anstieg des Deflationierungsfaktors war mit 1 vH etwa ebenso groß wie der des inländischen Preisniveaus.

Die realen Ausrüstungsinvestitionen haben nach der außerordentlich kräftigen Erhöhung am Jahresende 1976 (I/76: + 4,5 vH) stark verlangsamt zugenommen (arbeitstäglich und saisonbereinigt + 1 vH). Diese Verlangsamung ging vor allem zu Lasten der Importe: Während die Investitionsgüterimporte in IV/76 real weit stärker als die Nachfrage nach heimischen Investitionsgütern ausgeweitet worden waren, erreichten sie im Berichtsquartal saison- und arbeitstäglich bereinigt nur etwa das Niveau des schwachen dritten Vierteljahres 1976.

Die Bauinvestitionen haben ihr im Vorquartal erreichtes Niveau halten können; dabei spielte sicher eine große Rolle, daß Produktionseinschränkungen wegen der günstigen Witterung in geringerem Umfang als saisonüblich notwendig waren. Die Produk-

tion im Tiefbau ging weiter, wenn auch schwächer als zuvor, zurück. Im Hochbau wurde sie – vor allem wegen der Entwicklung im gewerblichen Bereich – insgesamt um rund 1,5 vH ausgeweitet. Die öffentlichen Bauinvestitionen sind weiterhin gesunken.

Allem Anschein nach hat im Berichtsquartal vor allem die Lagerbildung zum Anstieg der Inlandsnachfrage beigetragen; die Lagerquote blieb indes noch immer niedrig. Dagegen nahm der reale private Verbrauch, der am Jahresende 1976 noch kräftig gestiegen war (IV/76: 2,5 vH), im ersten Quartal nicht zu. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß Käufe von Branntwein und Tabakwaren wegen der Steuererhöhung zum 1. 1. 1977 in das vierte Quartal 1976 vorgezogen worden sind. Weiterhin zugenommen hat die Nachfrage beim Einzelhandel mit längerlebigen Gebrauchsgütern (Personenkraftwagen, Hausrat, Wohnbedarf u. ä.), wobei sich das Freiwerden von Mitteln aus Prämienparverträgen positiv ausgewirkt hat. Schwächer als saisonüblich wurden infolge der warmen Witterung die Ausgaben für Heizung ausgeweitet.

Nachdem in den ersten beiden Monaten des Jahres nicht einmal das durchschnittliche Ausfuhrvolumen des vorangegangenen Halbjahres erzielt werden konnte, hat sich die Ausfuhr im März wieder so kräftig belebt, daß im Berichtsquartal das Niveau von IV/76 noch um 1,5 vH übertroffen wurde. Die größten Steigerungen waren bei der Ausfuhr in die USA und in die EG-Länder zu verzeichnen. Die Importe, die in der Phase schwacher Ausfuhrfähigkeit unverändert kräftig gestiegen waren, nahmen im Berichtsquartal verlangsamt, aber immer noch stärker zu als die Ausfuhr (real + 2 vH). Weiter ausgeweitet wurden die Einfuhren von Erzeugnissen der Verbrauchsgüterindustrien, während die Bezüge von Rohstoffen und Investitionsgütern zurückgingen.

Die gesamtwirtschaftliche Mehrproduktion im Berichtsquartal wurde allein durch Effizienzsteigerungen erzielt: Das Arbeitsvolumen stagnierte, obwohl die Zahl der Beschäftigten stieg. Diesem Anstieg stand jedoch eine insgesamt geringere Arbeitszeit je Beschäftigten gegenüber. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Durchschnitt des Quartals saisonbereinigt nur wenig gesunken.

Berechnungen der Einkommensentwicklung sind gegenwärtig besonders unsicher, da die entsprechenden Industriedaten fehlen. Die wichtigsten Anhaltspunkte für die Entwicklung der Arbeitnehmerinkommen liefert die Tarifstatistik. Sie läßt ein bisher unverändertes Expansionstempo erkennen. Allerdings dürfte im ersten Quartal die Lohndrift vor allem deshalb nicht mehr so ausgeprägt gewesen sein wie in IV/76, weil die Zahl der Kurzarbeiter kaum noch abgenommen hat. Das Bruttoeinkommen

aus unselbständiger Arbeit dürfte sich somit nur noch verlangsamt erhöht haben. Das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hat — auf relativ hohem Niveau — vermutlich sogar stagniert.

### Ausblick

Im zweiten Vierteljahr 1977 wird sich das gesamtwirtschaftliche Wachstumstempo voraussichtlich verstärken. Vor allem vom privaten Verbrauch werden wieder kräftigere Impulse ausgehen als in I/77, da retardierende Einflüsse wegfallen werden. Vom Einzelhandel kamen jedenfalls bis zuletzt günstige Meldungen. Für die Ausrüstungsinvestitionen ist mit einer stetigen, wenn auch mäßigen Aufwärtsentwicklung zu rechnen. Das Baugewerbe wird in dieser Phase noch nicht retardierend wirken, weil die Leistungen in Anbetracht des Juni-Termins für die Investitionszulage angeregt werden und das niedrige Zinsniveau die Investitionsneigung im Eigenheimbau stärkt. Anregend auf die Gesamtwirtschaft wird weiterhin der Export wirken, für den aufgrund der jünger-

sten Auftragseingänge sogar mit einer beschleunigten Expansion gerechnet werden kann. Das reale Sozialprodukt wird sich dabei, arbeitstäglich und saisonbereinigt, gegenüber I/77 mit einer Rate von 2 vH erhöhen; den Vorjahrswert wird es wieder um rund 3,5 vH übertreffen.

Für das erste Halbjahr 1977 ergäbe sich damit ein um rund 3,5 vH höheres reales Produkt als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Daß diese Zuwachsrate so niedrig ist, erklärt sich zum Teil aus Kalendereinflüssen, zum Teil aus dem raschen Expansions tempo (saisonbereinigt) im Winterhalbjahr 1975/76, das in der jetzigen Aufschwungsphase nicht mehr erreicht wird. Im zweiten Halbjahr 1977 wird die Zuwachsrate dagegen von einem Basiseffekt in umgekehrter Richtung beeinflusst werden: Falls sich die verhaltene Entwicklung des zweiten Halbjahres 1976 nicht wiederholt, wird eine deutlich höhere Zuwachsrate verzeichnet werden können. „Optimistische“ Prognosen des Sozialproduktwachstums im Jahre 1977 behalten trotz eines scheinbar ungünstigen Ergebnisses im ersten Halbjahr Gültigkeit.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D 1000 Berlin 33  
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter,  
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

*Längerfristige Aspekte des Defizits in der gesetzlichen Rentenversicherung* bearbeitet von Ellen Kirner. —  
*Auswertung in der Bundesrepublik Deutschland hält an* bearbeitet von Karin Müller-Krumholz.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D 1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit  
Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D 1000 Berlin 36.  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—